Monatsspiegel

September 2020

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Wünsche mir einen anderen Koalitionspartner

Von Martina Stamm-Fibich
MdB

Ich freue mich, dass wir in der SPD so frühzeitig die Frage der Kanzlerkandidatur klären konnten. Mit Olaf Scholz haben wir eine Persönlichkeit gefunden, die eine breite Schicht an Wählerinnen und Wählern anspricht und Veränderungen in der Partei und bei der Programmatik offen gegenübersteht. Sieben Jahre war Olaf Scholz Erster Bürgermeister von Hamburg. Er kann mit seinem Fachwissen die Brücke von der Bundespolitik in die Landes- und Kommunalpolitik bauen. Er kennt die Herausforderungen, die das System an Bund, Land und Kommune stellt.

Mit der Kandidatenkür von Olaf Scholz beginnt für die SPD die Vorbereitung auf den Wahlkampf. Während die anderen Parteien sich noch zieren, haben wir für klare Verhältnisse gesorgt. Die Arbeitsgruppen zur Bundestagswahl haben ihre Arbeit aufgenommen und mit dem Sozialstaatspapier verfügen wir über eine solide Grundlage für das Wahlprogramm. Gerade auf die Veränderungen in der Arbeitswelt müssen wir reagieren, zum Beispiel indem wir Selbstständige endlich in den Schutz der gesetzlichen Versicherungssysteme einbeziehen und weiter für die Einführung einer Bürgerversicherung kämpfen. Laut den Zahlen des Statistischen Bundesamtes sind in Deutschland mehr als 140.000 Bürger nicht krankenversichert. Die Dunkelziffer liegt Experten zufolge noch deutlich höher. Das ist ein Skandal vor dem niemand die Augen verschließen darf! Gesundheit ist ein Menschenrecht. Wir brauchen jetzt schnell eine Lösung.

Wenn ich auf die aktuelle Legislaturperiode schaue, dann haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten - trotz eines in Teilen schwierigen Koalitionspartners - viel erreicht. Und das müssen und dürfen wir nach außen auch offensiv vertreten. In der Gesundheitspolitik habe ich mich für die Einführung der elektronischen Patientenakte eingesetzt und die überfällige Digitalisierung des Gesundheitssektors mit vorangetrieben, das Implantatregister wurde verbessert. Durch die Senkung der Beiträge werden die Versicherten und Betriebsrentner effektiv entlastet. Mit dem Patientenentschädigungsgesetz steht für mich noch ein entscheidendes Thema in dieser Legislatur auf der Agenda der Großen Koalition.

Womit keiner von uns rechnen konnte, war die Covid19-Pandemie. Krisenmanagement war und ist gefragt. In kürzester Zeit haben wir das Gesundheitssystem auf die Pandemie ausgerichtet und mit dem Krankenhausentlastungsgesetz die Basis für eine gute Versorgung der Patienten geschaffen, die Kurzarbeit unbürokratisch ausgeweitet und somit viele Arbeitsplätze gerettet. Mit dem Konjunkturpaket stützen wir nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Familien. Ob alle Maßnahmen am Ende auch richtig sind, weiß keiner. Wir können aus dieser Pandemie nur lernen und uns in Zukunft besser vorbereiten.

Das ist auch mein Antrieb, weiter als Abgeordnete tätig zu sein. Viele gute Dinge wie die Grundrente oder Min-

Fortsetzung auf Seite 3

01.09.		Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 20
08.09.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S.17
15.09.		Distrikt Anger-Bruck: Distriktsversammlung		S.15
15.09.		Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 20
16.09.	15:00	AG 60plus	August-Bebel-Haus	S. 19
16.09.	19:00	Distrikt Eltersdorf: Distriktsversammlung	Schützenhaus	S.16
17.09.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	digital	S.16
23.09.	20.00	Delegiertenkonferenz und anschließend JHV	E-Werk, großer Saal	S.3
29.09.		Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 20
30.09.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung		S.18

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:
Montag 12:00 bis 16:00 Uhr
Dienstag bis
Freitag 08:00 bis 11:30 Uhr
sowie nach Terminvereinbarung

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführerin: Nina Riebold
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten
Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch 09:00 bis 13:00 Uhr
Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Gerhard Carl, Monika Fath-Kelling, Lukas Geyer, Pascal Oswald, Mark Schuster, Martina Stamm-Fibich, Felizitas Traub-Eichhorn

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

destlohn wurden nur, und das betone ich, nur durch die SPD auf den Weg gebracht. Und bei all dem Lob für unser Gesundheitssystem müssen wir auch feststellen, dass es unabhängig von Corona Probleme gibt, die wir nicht gelöst haben. Dazu gehören die faire Entlohnung von Pflegekräften und anderen systemrelevanten Gesundheitsberufen sowie die Förderung der Versorgungs- und Verteilungsgerechtigkeit durch die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung. Dass die private Krankenversicherung unsolidarisch ist, hat sich wieder in der Corona-Krise gezeigt: Die Mehrausgaben für den Ausbau der Intensivkapazitäten hat alleine die gesetzliche Krankenversicherung geschultert. Die Privaten haben sich einen schlanken Fuß gemacht. Es wird Zeit, dass wir diesem Verhalten ein Ende bereiten. Die Bekämpfung von Lieferengpässen bei Arzneimitteln und Medizinprodukten ist ein weiterer wichtiger Punkt. Eine eigene Infrastruktur aufzubauen, wird Jahre dauern, aber wir dürfen nicht von anderen Ländern abhängig bleiben, wie es in der Vergangenheit passiert ist.
In meiner Rolle als Patientenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion komme ich häufig mit Menschen in Kontakt, die im Gesundheitssystem durchs Raster fallen. Das betrifft einerseits Bürgerinnen und Bürger mit seltenen oder komplexen Erkrankungen, die aktuell keine optimale medizinische Versorgung erhalten und durch unnötige bürokratische Hürden belastet werden, andererseits aber auch solche Mitmenschen, die nicht ausreichend versichert sind oder denen es schwer gemacht wird ihre Rechte als Patientinnen und Patienten durchzusetzen. Ich werde mich auch in der nächsten Legislaturperiode für eine klare Stärkung der Patientenrechte in Deutschland einsetzen.
Im September wird der Jahresbericht 2019 des Petitionsausschusses vorgestellt, weshalb ich bereits jetzt aus sozialdemokratischer Sicht auf unsere Arbeit zurückblicken möchte. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger nutzen die Möglichkeit, sich mit Anregungen, Beschwerden aber auch Nöten an den Bundestag zu wenden. Das gilt insbesondere für die Gesundheitspolitik, in der fast 20 Prozent mehr Petitionen als im Vorjahr eingelegt wurden.
Dieser hohe Anstieg lässt sich dadurch erklären, dass wir in den letzten Jahren viele Gesetze im Gesundheitsressort auf den Weg gebracht haben oder werden,

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossin, lieber Genosse,

ich hoffe, dass es dir soweit gut geht und du die Sommerpause genießen konntest. Das parteipolitische Leben nimmt langsam wieder Fahrt auf. Mit Blick auf die Bundestagswahlen im nächsten Jahr sind schon jetzt die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Wir müssen Delegierte wählen, die bei einer Wahlkreiskonferenz den/die SPD-Abgeordnete/n für den Bundestag für Erlangen/Erlangen-Höchstadt wählen. (Diese Konferenz findet am 23. Oktober, um 19 Uhr in der Jahnhalle, Baiersdorf statt)
Gerne lade ich dich deswegen zu unserer

Delegiertenkonferenz am 23. September 2020, um 20 Uhr in den großen Saal im E-Werk, Fuchsenwiese 1 ein. Einlass ist ab 19:30 Uhr.

Die Tagesordnung lautet wie folgt:
1. Begrüßung
2. Wahl der Mandatsprüfung- und Zählkommission
3. Vorstellung der Kandidierenden für die BTW 2021
4. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten

Bitte mach dir Gedanken, ob du als Delegierte:r in Frage kommst und melde dich oder alternativ einen Vorschlag in der Kreisgeschäftsstelle – vorzugsweise per Mail oder telefonisch.

Im Anschluss an die Delegiertenwahl findet auch unsere

Jahreshauptversammlung

statt.

Hier schlagen wir dir folgende Tagesordnung vor:
1. Begrüßung
2. Wahl der Mandatsprüfung- und Zählkommission
3. Vorstellung des Rechenschaftsberichts
4. Vorstellung des frauenpolitischen Berichts
5. Vorstellung des Kassenberichts
6. Aussprache
7. Anträge
8. Bestätigung weiterer Vertreter:innen im Kreisvorstand
9. Sonstiges

Selbstverständlich werden wir alle Hygienevorgaben einhalten und stellen zusätzlich zum Sicherheitsabstand noch Desinfektionsmittel zur Verfügung. Bitte denk auch daran, deine Maske mitzubringen, welche du nur zwischen den Gängen und nicht an deinem Platz tragen musst. Sehr gerne darfst du natürlich auch deinen eigenen Stift mitbringen.
Mit solidarischen Grüßen und den besten Wünschen für eine gesunde Zeit.

Dieter Rosner Sandra Radue Philipp Dees

Wahlberechtigt zur Delegiertenkonferenz ist
- *wer Mitglied der SPD ist*
- *die deutsche Staatsangehörigkeit hat*
- *mindestens 18 Jahre alt ist und*
- *im Kreisverband Erlangen wohnt*

Antragsschluss ist eine Woche vor der Veranstaltung. Die Anträge müssen in schriftlicher Form in der Kreisgeschäftsstelle eingehen.
Wer in Abwesenheit gewählt wird, muss vorher eine schriftliche Einverständniserklärung abgeben.

wie z.B. das Patientendaten-Schutzgesetz, das Arzneimittelversorgunggesetz oder das Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz. Petitionen wirken hier wie Rückkoppelungen, die zeigen, wie Gesetze in der Praxis wirken und wo noch Änderungsbedarf besteht. Eine Reihe von Gesetzesanpassungen ist direkt auf Petitionen und Eingaben von Bürgern zurückzuführen.
Was mich allerdings manchmal ratlos und zuweilen auch wütend macht, ist der Unwille unseres Koalitionspartners, grundlegende Veränderungen in Angriff zu nehmen. Allein aus diesem Grund wünsche ich mir einen anderen Partner für die nächste Regierungskoalition.

Ein Zeichen der Solidarität

Gemeinsame Pressemitteilung der SPD Erlangen, Amnesty International und MdL Alexandra Hiersemann

„Gemeinsam zu einer Stadt für Alle", mit diesem Slogan hat die SPD Erlangen im vorangegangen Kommunalwahlkampf für sich und ihre Kandidatinnen und Kandidaten geworben. Dass sie das auch so meint, zeigte sich, als sich Vertreterinnen und Vertreter der Partei trafen, um von Dr. Martin Hoheisel, Vertreter der örtlichen Amnesty International-Gruppe, einen Rettungsring überreicht zu bekommen. „Wir müssen die Situation der Geflüchteten wieder ins Bewusstsein unserer Mitmenschen bringen", so der Vertreter von Amnesty International bei der Überreichung und zeigt zugleich auf, wie verheerend es wäre, wenn sich die Pandemie in einem der Flüchtlingslager in Griechenland breitmachen würde. Auch müsse man weiterhin ein Auge auf die ambivalente Situation für Helferinnen und Helfer der Mittelmeerrettung haben. „Gerade jetzt in Krisenzeiten ist Solidarität gefragt", antwortet Alexandra Hiersemann, rechts- und asylpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, und verweist dabei auf das Engagement der Landtagsfraktion, die eine parlamentarische Anhörung zur Seenotrettung erwirkt hat. Zudem wurde die bayerische Staatsregierung erst vor kurzem mittels Anträgen dazu aufgefordert, die nach Bayern Geflüchteten coronabedingt unter besonderem Schutz zu stellen und ein humanitäres Sofortaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus den Hotspots in Griechenland umzusetzen. „Nicht nur in griechischen Flüchtlings-

Dr. Martin Hoheisel, Philipp Dees, MdL Alexandra Hiersemann und Sandra Radue

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im September Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

05.09. Manfred Preuß
83 Jahre

14.09. Elke Joswig-Mai
60 Jahre

14.09. Kurt Steinmüller
86 Jahre

15.09. Hartmut Wiechert
80 Jahre

18.09. Axel Röhrborn
81 Jahre

18.09. Walter Krumpholz
80 Jahre

19.09. Günter Kaspar
80 Jahre

21.09. Otto Zach
71 Jahre

23.09. Joachim Jaeger
77 Jahre

25.09. Georg Kugler
76 Jahre

26.09. Manfred Felten
80 Jahre

26.09. Wolfram Gerold
76 Jahre

lagern, sondern auch anderswo ist die Situation unerträglich und schon seit langem bekannt. Auch deshalb müssen wir von bayerischer Seite stärker aktiv werden“, erklärt Hiersemann Ihre Forderung. Für Sandra Radue, stv. Vorsitzende des SPD-Kreisverbands und Mitglied im Stadtrat, wird dieser Rettungsring nicht nur ein Symbol sein. Auch hier in Erlangen macht sich die SPD für den Schutz von Geflüchteten stark. „Erlangen ist ein sicherer Hafen. Dies geht aus einen Antrag der SPD zurück und zusammen mit weiteren Bündnispartner:innen engagieren wir uns in vielerlei Hinsicht für eine sozialgerechte Flüchtlingspolitik“, so das Stadtratsmitglied. Hierzu ergänzt Dr. Philipp Dees, stv. Vorsitzender der Stadtratsfraktion und stv. Vorsitzender im Kreisverband Erlangen, dass die Stadt nur dann Flüchtlinge aufnehmen kann, wenn auch das Bundesministerium des Inneren es zulässt. „Nicht nur in Erlangen, sondern auch auf Landesebene möchten wir den Schutz von Geflüchteten weiter voranbringen“, bestätigt der Sozialdemokrat, der auch im Landesvorstand vertreten ist. Einer hängt nun an der Parteizentrale, weitere Ringe werden an verschiedenen Orten in Erlangen folgen (siehe www.amnesty-erlangen.de). Und auch in Zukunft möchte man sich gemeinsam für eine humanitäre Flüchtlingspolitik engagieren.

Ein Hoch auf den Dechsi

Langer Atem zahlt sich wohl aus!

Von Felizitas Traub-Eichhorn

Hält er - oder ist er wieder einmal gekippt? Das war für mich als passionierte Dechsischwimmerin bis in die zweite Augusthälfte hinein jeden Tag die bange Frage, wenn ich mich dem Liegebereich des Weihers näherte. Und dann jedes Mal die Erleichterung, wenn das Schild am Eingang trotz Affenhitze zwei Sterne zeigte, was bedeutete: Wasserqualität „gut“. Als dann schließlich die Kunde die Runde machte, dass der Baiersdorfer Badeweiher Blaualgen habe, kam sogar Stolz auf: Hatte unser guter alter Dechsi sich endlich in die Liga der zuverlässigen Erlanger Wasserreviere zurückgekämpft? Mit den Erfahrungen der letzten Jahre war nicht nur ich ein gebranntes Kind: Jahr für Jahr legte unser Badetümpel zu Saisonbeginn einen fulminanten Start hin. Doch nach der ersten längeren Hitzeperiode ging ihm die Luft aus, im wahrsten Sinne des Wortes. Blaualgen, immer wieder, trotz aufwendiger Sanierungsmaßnahmen. Jahr für Jahr hatten wir im Stadtrat die Hand gehoben für Gutachten, Ausbuddeln, Kalken und schließlich die Ringleitung. Als nach deren Fertigstellung immer noch keine anhaltende Besserung eintrat, regten sich bei mir leise Zweifel, ob das viele Geld wirklich sinnvoll investiert war. Doch die SPD-Fraktion stand tapfer zu dem Weiher, nicht zuletzt hatte er mit Ursula Lanig ja eine starke Lobbyistin, die ständig Vor-Ort-Beobachtungen machte. Diese Aufgabe geht nun über an Tanja Amon, der neu gewählten Ortsbeiratsvorsitzenden von Dechsendorf. Dass der Weiher sich gerade heuer, in Coronazeiten, großer Beliebtheit erfreut, ist verständlich. Denn im Gegensatz zu unseren Freibädern braucht es keine Anmeldung. So nutzen besonders viele Familien mit Kindern die Bademöglichkeiten. Viel zu tun, besonders nach den Wochenenden, hat deshalb auch der Reinigungstrupp, der jeden Morgen die Müllkübel leert. Statt ihren Picknickabfall auch mal mit nach Hause zu nehmen, entsorgen viele Zeitgenossen lieber in die öffentlichen Behälter und stellen auch den Müll daneben, sobald diese annähernd voll sind. Ein größeres Ärgernis sind jedoch die Zigarettenkippen, die gedankenlos auf der Liegewiese entsorgt werden. Das ist rücksichtslos und gefährlich, denn Zigarettenkippen sind giftig. Hier laufen die Menschen barfuß, vor allem auch kleine Kinder! Diesem Übel nahmen sich einige Genossinnen und Genossen aus Dechsendorf und Büchenbach an und starteten deshalb eine Kippen-Sammelaktion , um zumindest die Liegewiese „zu entgiften“. Erschreckend ist die Menge, die dabei in diesem eng begrenzten Bereich zusammenkam.

Tanja Amon zur Ortsbeiratsvorsitzenden in Dechsendorf gewählt

Von Gerhard Carl

Tanja Amon, die SPD-Distriktvorsitzende in Dechsendorf, wurde in der konstituierenden Sitzung des Ortsbeirates Dechsendorf am 22.07.2020 im Rathaus Erlangen mit den Stimmen der Ortsbeiratsmitglieder von der Grünen Liste zur Ortsbeiratsvorsitzenden gewählt.

Der großartige Erfolg von Tanja ist auf ihren sehr engagierten Kommunalwahlkampf sowie der solidarischen Unterstützung der Genossinnen und Genossen im Distrikt zurückzuführen. Tanja will Ansprechpartnerin für alle Bürgerinnen und Bürger bei sämtlichen aktuellen Fragen und Problemen sein und den Dialog suchen.

Nachdem die CSU 24 Jahre lang den Ortsbeiratsvorsitzenden gestellt hat, wird nun die SPD, dank Unterstützung der Ortsbeiratsmitglieder von der Grünen Liste, in den nächsten sechs Jahren den Ortsbeiratsvorsitz übernehmen und die Politik vor Ort maßgeblich mitgestalten.

Der Ortsbeirat an sich befindet sich aufgrund von fünf neuen Mitgliedern (von insgesamt sieben Mitgliedern) in einer Umbruchphase, die auch für einen modernen Politikstil stehen soll. Wir als SPD sind an einer konstruktiven und erfolgreichen Zusammenarbeit im Ortsbeirat sehr interessiert und wollen mit unseren Ideen und der Umsetzung unseres Wahlprogramms in den nächsten Jahren den Stadtteil Dechsendorf weiterentwickeln.

Come Stand for Diversity - Erster CSD Erlangen

Von Pascal Oswald und Lukas Geyer

Vor circa einem Jahr nahm Pascal Oswald an der Mister-Wahl zum Mr.GayGermany teil. Ein Wettbewerb, der den engagiertesten Vertreter der LGBTIQ*-Community (steht für: lesbian, gay, bisexual, transsexual, intersexual, queer und weiteres) sucht. In diesem Rahmen bekommen alle Teilnehmer unter anderem die Aufgabe, eine eigene Kampagne zu erarbeiten, die die queere Community unterstützen und stärken soll.

So ist der Plan eines Erlanger CSDs entstanden und mit ihm der gemeinnützige Verein #makeyourtownqueer e.V. gegründet worden.

Zur kurzen Erklärung ein kleiner Abriss der LGBTIQ*-Geschichte:

Der historische Ursprung des Christopher Street Days, kurz CSD, liegt im New Yorker Stadtteil Greenwich Village. Am 28. Juni 1969 begannen sich Transsexuelle Latinas und Dragqueens gegen die teils brutale Polizeiwilkühr gegen queere Personen zu wehren. Dies war der Start von tagelangen, teils gewalttätigen Straßenschlachten. Seit jeher ist der Christopher Street Day, kurz CSD, ist ein Gedenk- und Demonstrationstag von queeren Personen. An diesem Tag wird für die Rechte dieser Minoritäten sowie gegen Diskriminierung und Ausgrenzung demonstriert. In Deutschland wurde 1979 die erste gay pride gefeiert. Und 2020 soll sich Erlangen feierlich dieser Bewegung anschließen. Obwohl

Foto: Pascal Oswald (links) und Lukas Geyer (rechts)
Quelle: #makeyourtownqueer e.V.

die LGBTIQ*-Bewegung große Erfolge (Ehe für Alle, Verbot von Konversationstherapien etc. pp.) durch jahrelange Arbeit feiern konnte, sind wir noch nicht an einem Punkt angelangt an dem wir von voller Gleichbehandlung und Toleranz sprechen können.

Was als kleines Projekt in unseren Köpfen begann, nahm schnell durch das Mitwirken vieler Vereine, Organisationen und Multiplikator*innen, so auch der SPD in Erlangen, eine große Dynamik auf. So übernahm Hr. Dr. Janik, OB der Stadt Erlangen, die Schirmherrschaft für den CSD und vermittelte uns gemeinsam mit Fr. Dr. Höschele aus dem Team Diversity der Stadt Erlangen an weitere Unterstützer*innen.

Da die anhaltende coronabedingte Situation keinen fulminanten Demonstrationszug wie gewöhnlich zulässt, haben

wir anderweitige Aktionen geplant, bzw. sind in Planung. Nach aktuellem Stand sind um den ursprünglich angedachten CSD-Termin am 24. Oktober folgende Projekte in Arbeit:
In Kooperation mit der Stadtbibliothek Erlangen planen wir eine Fotoausstellung mit dem Titel „Come Stand 4 Diversity“. Hier beleuchten wir die große Bandbreite der unterschiedlichen persönlichen Genderidentitäten und Sexualitäten. Mit Hintergrundinformationen, persönlichen Erfahrungsberichten, geschichtlichen Hintergründen und Hilfemöglichkeiten wollen wir Vorurteilen gegenüber Minoritäten entgegentreten und für mehr Sichtbarkeit und Akzeptanz sorgen.
Außerdem wird zusammen mit dem E-Werk und der Aktion „Queer durch Erlangen“ ein Indoor-„Festival“ am 24. Oktober als „Demo-Ersatz“ veranstaltet. Es wird ein abendfüllendes Programm, bestehend aus Redebeiträgen, queerer Kunst, Drag-Bingo und einem queeren Poetry-Slam geboten. Nähere Informationen hierzu werden auf unserer Webseite www.csd-erlangen.de bekannt gegeben.
Um trotz des ausbleibenden Umzuges Sichtbarkeit in der Stadt zu schaffen, planen wir eine öffentliche Aktion in Erlangen. Bei dieser verteilen wir im Vorfeld des 24. Oktobers eigens gestaltete CSD-Plakate an lokale Geschäfte und Einzelhändler, und bitte diese, die Plakate am angedachten Tag des Umzuges werbewirksam zu platzieren. Darüber hinaus ist derzeit das Aufbringen eines regenbogenfarbenen „Zebrastreifens“ an einem öffentlichen Platz und / oder Straße in Erlangen angedacht und ist bereits beim Ordnungsamt angefragt worden.
In diesem Sinne sind wir für jegliche Unterstützung, auch wenn sie nur aus Mund-zu-Mund-Propaganda besteht, sehr dankbar und hoffen auf eine große Teilnahme.

Bunte und solidarische Grüße wünschen
Lukas & Pascal vom #makeyourtownqueer e.V.

Aus dem Bauch gesprochen:

Wenn das Ende der Geschichte nicht mit dem Ende der Krise zusammenfällt ...

Von Monika Fath-Kelling

... dann bricht das goldene Zeitalter der „Soziologie“ an. So ähnlich muss es sein. Jedenfalls könnte man dieser Idee anheim fallen, wenn man sieht, wie viel journalistischer Raum urplötzlich dieser bislang eher spöttisch belächelten Geisteswissenschaft freigemacht wird. Wurden doch bis gestern Soziologen als leicht ungepflegt-zauselige, zerstreut wirkende ältliche Männer in Pollundern und Hosen in einer unbeschreibbaren Passform und Farbe erinnert. Sie frönten einer sogenannten „Wissenschaft“, als „brotloser“ (um nicht sagen zu müssen: sinnloser) Kunst in vollkommen verquastem Fachchinesisch, die sich angeblich der gesellschaftlichen, Zusammenhänge, den ökonomischen Strukturwandlungen, den Kulturverschiebungen annahm.
Wo doch nun wirklich jedes Kind weiß: It‘s the economy, stupid! (Ironie aus).
Nachdem das mit der „economy“ nicht mehr so recht wie geschmiert laufen will, bzw. immer mehr Menschen zur Überzeugung gelangen, dass eine Fortsetzung des BIP-BIP-BIP den Ast auf dem alle sitzen, gefährlich überlastet, setzt jetzt langsam der Reflex ein, sich „umzusehen“ nach alternativen Denkmodellen. Und siehe da, man wird fündig und entdeckt den Reckwitz.
Der - und da staunen alle – kann nicht nur Fachchinesisch, sondern sieht auch noch aus wie der Traum der meisten Schwiegermütter! Ein Recke, eine Ritter, ein Retter! Und wie klug er ist! Medientauglich auch noch! Der erklärt uns die Welt. Wie sie ist, sein soll, sein wird. Da sind sie sich einig, die Medien, so einer hat uns gerade gefehlt.
Der arme Mann, was für ein Erwartungsdruck auf ihm, seinem Fach. Denn was er uns, als medial gefeierter Stellvertreter seiner Wissenschaft zu sagen hat, ist eine Binsenweisheit! Vor der, das muss fairerweise zugestanden werden, bislang kollektiv die Augen, Ohren und der Mund verschlossen wurden.
Solange der Glaube irgendwie aufrecht erhalten werden konnte, Zukunft sei das selbstverständliche Produkt eines „Fortschritts“ aus „immer ein bisschen Mehr“ des immer Gleichen, solange waren alle eben „stupids“, wenn sie mahnten, oder nicht dem verordneten Reflex folgten: Nimm dir was geht, „immer ein bisschen Mehr“ als du brauchst, die größten Raffer haben die meisten Gaffer, sie bringen angeblich die größte „Leistung“ und brauchen daher auch die größte Unterstützung durch Politik und Öffentlichkeit.
Seit jedoch -auch durch Corona- immer deutlicher wird, dass „das Wasser unaufhörlich steigt“, die 3 Affen ihre Hände nicht mehr vor Augen, Ohren und Mund halten können weil sie diese zum Festkrallen brauchen, schrillt ein kurioser Sirenengesang von den „oberen Ästen“ unserer Gesellschaft:
Das Märchen vom „Reset“.
Und da ist höchste Vorsicht geboten. Den Herren der alten Schule schwebt da nämlich in etwa folgendes Szenario vor: Die Affen auf den unteren Ästen müssen wahlweise „den Gürtel wieder enger schnallen“ (die light Variante), durch solidarisches/patriotisches Verhalten, notfalls (Not ist wenn es für „die da oben“ unangenehm wird) unter Einsatz (sprich: Verlust) ihres Lebens für den Reset kämpfen. Damit die Besitzer der oberen Äste das gleiche Spiel neu

starten können, müssen eben die Unteren „geräumt“ werden. ... Und bist du nicht willig, dann brauch ich Gewalt!....
Reckwitz plädiert und plaisiert nun einen „regulierenden Liberalismus“, einen Liberalismus ohne Fortschrittsversprechen und Streichungslogik. Er sagt freimütig: „...Die große moderne Fortschrittserzählung mit ihren Verheißungen wäre das nicht mehr. Möglicherweise ist ihre Zeit vorbei und das wäre tatsächlich ein dramatischer Schnitt: Kann es eine moderne Gesellschaft ohne ein Modell linearen Fortschritts geben?“
Er will weg vom Pfad des seit den 80er Jahren stark gemachten „Dynamisierungsliberalismus“, jetzt ergäben sich Umrisse eines „resilienten Staates“, in dem es vorrangig gilt „Risiken für die Gesellschaft abzumildern“. Er gibt zu bedenken: “Das ist eine Politik in der es nicht mehr darum geht in der Zukunft das Beste zu erreichen, sondern das Schlimmste zu verhüten“. WUMMS!
Also Schluss mit der Verherrlichung des BIP-BIP-BIP über alles, über alles in der Welt...
Hin zu anderen Maßstäben wie nationalen Wohlfahrtsindices, (für Deutschland: NWI Nationaler Wohlfahrtsindex, Diefenbacher) oder einer straffen Politik der Ökologie. Diese setzt einen kulturellen Wandel des Naturverständnisses voraus oder in Gang, (siehe Fridays for Future). Natur ist nach diesem Verständnis keine unbegrenzte, kostenlose Ressource, die sich die Skrupellosesten raffen können, sondern etwas mit dem der „wirtschaftende Mensch“ eine Balance finden muss. (bevor die Natur möglicherweise zurückschlägt)
Von diesen neuen gesellschaftlichen Vorstellungen sind sehr viele Zeitgenossen „not amused“, ja fühlen sich nachgerade um ihre Lebenshaltung betrogen. Sie müssten auf ihre „alten Tage“ noch ihre bisherige Lebensphilosophie grundlegend in Frage stellen, in letzter Konsequenz einsehen, dass sie “Geld nicht essen“ können. Und so hoffen sie bis zuletzt, dass starke Männer auf den „unteren Rängen“ schon aufräumen werden. Allerdings in vollkommener Verkennung ihres eigenen Rangs in diesem Spiel im Affenbaum.
Ich wünsche unserem Recken Andreas Reckwitz viel Glück bei seinem Versuch, die Idee eines ausbalancierten Verhältnisses Natur – Mensch, eines regulierenden Liberalismus und eines resilienten Staates in geistiges Allgemeingold zu verwandeln.
Als alter Kassandra erscheint mir jedoch ein Erfolg für die Altherrenriege des (im weitesten Sinne) militärisch-industriellen Komplexes mit ihrer Reset-Idee, wahrscheinlicher.
Vielleicht wird uns ja das Glück einer großen Krise geschenkt, die ein rechtzeitiges Umdenken erzwingt. Corona war da kein schlechter Anfang.

Olaf Scholz - Der brave Parteisoldat

Glaubte Olaf Scholz an sich, würde er den Kampf um ein linkes Bündnis zur Chefsache erklären – und außenpolitisch klare Kante zeigen. Stattdessen bisher: Fantasielosigkeit

Von Mark Schuster

Ich weiß nicht, ob Olaf Scholz als renommierter Politiker das verdient hat: Als Kanzlerkandidat nominiert zu werden, obwohl er keine Chance hat, Kanzler zu werden. Andererseits hätte er auch sagen können, dass er das nicht mitmacht. Überhaupt hat der Anfang seiner, ehrlich und offen gesagt, aussichtslosen Kandidatur etwas seltsam Resigniertes, wenn man Scholz etwa mit Martin Schulz – wer war das noch mal? – vergleicht, der seine eigene Kandidatur und deren Inhalte noch ernst nahm. Man erinnert sich an das böse Wort vom Scholzomaten: Die Parteigremien haben das beschlossen, also mache ich das. Der brave Soldat schweigt.
Scholz müsste sich aber auflehnen gegen die ihm zugedachte Rolle. Damals im Dezember 2019, in einer anderen Welt, vor der Pandemie und noch im Jeremy-Corbyn-Fieber, glaubte die SPD-Basis, das Heil der Partei läge in einem epochalen, sofortigen Linksschwenk (der in unserer Partei nicht einfach so zu machen ist), einem Aufständchen gegen die Parteigranden: Heraus kam die Wahl von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans zum Vorsitzendenpaar gegen Scholz und Klara Geywitz. Keine Woche später wurde Corbyn vom Clown Boris Johnson vernichtend geschlagen.
Mit Covid-19 wuchs der Kanzlerin und der Regierungskoalition neue Autorität zu, und so ließ das neue Führungsduo stillschweigend den Linksschwenk ebenso fallen wie Traumszenarien von einem dramatischen Koalitionsbruch und einer Richtungswahl, und suchte nach einem Kanzlerkandidaten, der das ausstrahlt, was die Deutschen in der Regel wollen: fantasielose Verlässlichkeit. Scholz eben.

Deutsche Fantasielosigkeit, die Angst macht

Übrigens sind Walter-Borjans und Esken honorige Leute, anders als der Brite Corbyn; beide, anders als Corbyn, nicht eigentlich links, sondern vielmehr, auch hier anders als Corbyn, die verkörperte Provinz. Doch es ist gerade diese deutsche Provinzialität, die mir Angst macht. Im Sommerinterview der ARD mit Saskia Esken, einer Sternstunde des unkritischen Journalismus, spielten weder die Europa- noch die Außenpolitik eine Rolle – eigentlich neben der Sozial- und Arbeitspolitik eines der Kernthemen der SPD. Man hätte sich, wäre da nicht die Kulisse der Spree und des Reichstags gewesen, in der guten alten Bonner Republik wähnen können, nicht in der Hauptstadt der wichtigsten europäischen Macht und inmitten einer historischen Verschiebung der globalen Machtverhältnisse.
Gewiss, das lag auch an der devoten Fragerei von Tina Hassel, aber da in der Regel die Dramaturgie solcher Interviews

vorher abgesprochen ist, darf man annehmen, dass Esken das so wollte. Dabei kann man heute keine Frage – schon gar nicht die einer künftigen Regierungskoalition – getrennt von den europäischen und internationalen Bedingungen diskutieren, in denen eine deutsche Regierung handeln und die sie nolens volens mitgestalten muss.

Die von den Medien konstatierte „Brisanz“ des Interviews bestand darin, dass Esken nach wie vor ein „progressives Bündnis“ nach der Bundestagswahl anstrebt, also Rot-Rot-Grün, oder wahrscheinlicher, wofür sie auch – Scholz hin, Stolz her – zu haben wäre: Grün-Rot-Rot. So die von Esken freimütig eingestandene Strategie, mit Scholz Wähler der Mitte binden, während man mit der Aussicht auf ein „linkes Projekt“ die eigene Basis mobilisiert.

Was Noch-Juso-Chef Kevin Kühnert mit minimalster Begeisterung und maximaler Füllwortmenge so formulierte: „Vielleicht ist es dann eben auch ein Olaf Scholz, der mehr als jemand anderes dazu in der Lage wäre, so ein Bündnis zu ermöglichen und tatsächlich auch mehrheitsfähig zu machen.“ Vielleicht dann eben auch tatsächlich. Wahrscheinlich aber ist, dass Scholz die Wähler der Mitte an die Grünen und die Union verliert, während die Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung vor allem die Basis der zurzeit dahinsiechenden Linkspartei mobilisieren dürfte. Toll. Kann aber auch anders kommen.

Laschet ist der Mann, der Merkel zum Ziel führen kann

Aber vielleicht hat „dann eben auch tatsächlich“ Saskia Esken recht, wenn sie darauf hinweist, dass Scholz zwar gegen eine Angela Merkel keine Chancen hätte, wohl aber, da Merkel nicht noch einmal antreten will, gegen den nächsten Kanzlerkandidaten der Union. Reden wir nicht von Friedrich Merz, dem jede Regierungserfahrung abgeht, der immer beleidigt wirkt und wegen seiner Arbeit für BlackRock den Deutschen unvermittelbar bleibt. Reden wir auch nicht von Jens Spahn, dem das Coronavirus noch reichlich Gelegenheiten zum Stolpern bieten wird.

Reden wir von den zwei aussichtsreichen Kandidaten. Es stimmt zwar, dass weder Markus Söder noch Armin Laschet den Nimbus der Ewigen Kanzlerin haben. Laschet gilt als zu farblos und leise, Söder als etwas zu laut und bunt. Doch gegen Scholz dürfte der eine wie der andere immer noch eine gute Figur abgeben. Und da Union und Sozialdemokraten um die Grünen buhlen müssen, wird selbst ein Söder sein polterndes Naturell zügeln. Laschet kann sich ohnehin zugutehalten, einer der ersten zu sein, der „grüne“ Themen in die CDU einführte. Farblos hin, leise her: Er ist der Mann, der die Merkelsche Umgestaltung der Union an ihr logisches Ziel führen kann, die Regierungskoalition mit den Grünen.

„Es geht ja nicht morgen der Wahlkampf los“, so Scholz. Welch Irrtum

Überhaupt die Grünen: Sie werden, wenn nicht alles täuscht, 2021 die Kanzlermacher sein. Schon 2017 verstanden sie sich mit der Union so gut, dass Christian Lindner bei den Jamaika-Verhandlungen entnervt und gedemütigt das Handtuch warf. Warum, wenn es zahlenmäßig möglich ist, sollte die Führung der Grünen ihrer Wunschkoalition zugunsten einer unsicheren Verbindung mit unserer SPD (mehr brauche ich nicht zu sagen) und der potenziell illoyalen, innen- und außenpolitisch belastenden Querulantentruppe wie der Linkspartei entsagen?

Darauf gibt es allerdings eine Antwort: Wegen des Kanzleramts. Kanzler Habeck – oder Kanzlerin Baerbock: Das hat was. Die Aussicht auf den Chefsessel könnte das betont pragmatische – also prinzipienfreie – Führungsduo der Grünen durchaus in Versuchung führen, und die Basis würde sowieso jubeln. Nur so – unter Führung der Grünen – wäre jenes „progressive“ Bündnis überhaupt denkbar, von dem Esken und Walter-Borjans träumen.

So hat Scholz als Kanzlerkandidat den Auftrag, auf keinen Fall Kanzler zu werden. Ein Auftrag, dem er mit seinem glücklosen Agieren bei den Wirecard- und Cum-Ex-Skandalen durchaus gerecht werden könnte. Ein Law-and-Order-Sozialdemokrat in der Tradition Helmut Schmidts, der weder gegenüber den Tricksters der Hochfinanz noch gegenüber linksradikalen Chaoten beim G-20-Treffen Gesetz und Ordnung durchsetzen konnte, wirkt kaum vertrauenserweckend. Bezeichnend war sein Kommentar zur Nominierung als Kanzlerkandidat: „Es geht ja nicht morgen früh der Wahlkampf los“, so Scholz in der ARD. Ein fataler Irrtum.

John Maynard Keynes ist wieder da

Denn es bleibt wahr, dass es im Interesse der Demokratie eine starke linke bis linksliberale Alternative in Deutschland geben müsste. Eine Alternative, die das alte linke Ideal des Fortschritts wieder für sich entdeckt. Das erfordert vor allem die Einbindung der vernünftigen Kräfte der Linkspartei; Kräfte, die es durchaus reichlich gibt. Den Kampf um ein „progressives Bündnis“ führen, müsste für die SPD heißen: die Linkspartei jetzt schon zu klaren Zugeständnissen zwingen, statt nur selbst immer Zugeständnisse zu machen und sich wegen Hartz IV Asche aufs Haupt zu streuen. Es gäbe, sofern sich die FDP wieder zu ihren Bonner Tugenden „verirrt“, auch die linksliberale Alternative von Grün-SPD-FPD.

Über die Innenpolitik müsste man gar nicht so heftig streiten. Das dauerhaft billige Geld macht eine expansive staatliche Politik möglich, ohne dass man die Bürger mit Steuererhöhungsfantasien erschrecken muss. Das hat die Covid-Krise gezeigt. John Maynard Keynes ist wieder da.

Entscheidend ist die Außenpolitik. Hier reicht es nicht, vage „Verlässlichkeit“ von der notorisch unzuverlässigen Linkspartei einzufordern. Hier muss die SPD sich und der Linkspartei klarmachen, dass am westlichen Bündnis ohne Wenn und Aber festgehalten wird; auch an der weltpolitischen Rolle der Nato und an Auslandseinsätzen deutscher und europäischer Truppen, mit und ohne UN-Mandat; dass wir innerhalb der Europäischen Union eine Politik der Solidarität verfolgen, insbesondere mit unseren östlichen Nachbarn, Polen und den baltischen Staaten; dass wir beim Grenzregime mit den Mittelmeerstaaten der EU kooperieren; dass der imperialen Expansion Russlands und Chinas wo immer möglich diplomatisch, mit Sanktionen und der Stärkung internationaler Organisationen entgegengetreten wird; und dass es keine Abstriche an der Merkel-Doktrin gibt, derzufolge die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson gehört.

Glaubte Scholz an sich, so würde er diesen Kampf um ein linkes Bündnis zur Chefsache erklären; es wäre keine Schande für ihn, an der Uneinsichtigkeit oder Uneinigkeit der Linkspartei zu scheitern. Jammerschade wäre es aber, wenn der Kampf nicht geführt würde, weil die SPD sich im Grunde genommen nur noch als Kitt und Manövriermasse zwischen Grünen und Linkspartei und nicht als Führungskraft der Linken begreift.

Rassismus bei der Polizei: „Studie ist kein Generalverdacht“

Welche Erkenntnisse hat der Innenminister über Rassismus bei der Polizei? Da Horst Seehofer Racial Profiling nicht erforschen lassen will, fordert die FDP einen Bericht.

Von Mark Schuster

Eine wissenschaftliche Studie zu Rassismus bei der Polizei lehnt das Bundesinnenministerium ab. Die FDP fordert daher jetzt von Horst Seehofer (CSU) einen Bericht zu dem Thema an den Bundestag. Weil Seehofer keine Studie zum sogenannten Racial Profiling in Auftrag geben wolle, „gehen wir davon aus, dass im Bundesinnenministerium weitergehende verlässliche, wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen“, sagte FDP-Fraktionsvize Stephan Thomae. „Der Bundesinnenminister sollte diese Erkenntnisse daher im Rahmen eines schriftlichen Berichts mit den Mitgliedern des Innenausschusses des Deutschen Bundestages noch während der parlamentarischen Sommerpause teilen, damit das Thema nicht versickert.“

Seehofer lehnt es ab, eine Studie zu Rassismus innerhalb der Polizei in Auftrag zu geben. „Ich habe bei der Bundespolizei keinen Anlass anzunehmen, dass hier ein strukturelles Problem vorhanden ist“, sagte der CSU-Minister der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Der Minister hatte sich zuvor beschwert, es gebe ständig Kritik an der Polizei, dabei werde übersehen, dass im öffentlichen Dienst null Toleranz gelte und Rassismus entschieden bekämpft werde. Es gebe bereits Maßnahmen, die zwischen Bund und Ländern abgestimmt worden seien, auf die solle man sich jetzt konzentrieren.

Seehofer stellte sich mit dieser Position unmissverständlich gegen Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD), die richtigerweise auf einer Studie zu Racial Profiling besteht. „Es geht überhaupt nicht darum, irgendjemanden unter einen Generalverdacht zu stellen. Sondern es geht darum, einen Sachstand zu ermitteln und zu wissen, wo wir stehen und wie wir auch gegensteuern können“, sagte sie.

Studie als aktueller Sachstand

Auch Thomae sagte, eine Studie stelle die Polizei nicht unter Generalverdacht. Sie könne vielmehr dabei helfen, einen

solchen Verdacht auszuräumen. „Sie wäre vor allem das richtige Mittel, um einen faktenbasierten aktuellen Sachstand zu erhalten.“ Die Studie könne auch untersuchen, ob bei der Polizei interne Missstände vorlägen, zum Beispiel Benachteiligungen bei der Beförderung. Dem ist aus unserer Sicht nichts hinzuzufügen.
Von Racial Profiling spricht man, wenn Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Haarfarbe oder anderer äußerer Merkmale, aber ohne konkreten Anlass kontrolliert werden. So berichten viele Menschen mit dunkler Haut, sie würden häufiger als andere ohne erkennbaren Anlass von der Polizei kontrolliert. Das Bundesinnenministerium hatte Seehofers Ablehnung einer Studie zu dem Thema unter anderem damit begründet, dass Racial Profiling in der polizeilichen Praxis verboten sei. Daher gebe es diesen Mechanismus nicht.
Bereits im September 2019 (!!) hatte der Bund die Innenministerkonferenz aufgefordert, eine bundesweite Studie bei allen Sicherheitsbehörden zu veranlassen.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Oktober 2020
23. September 2020

Wahlrechtsreform: Schluss mit den Märchen

Dem Bundestag gelingt keine Wahlrechtsreform, die Populisten höhnen. Höchste Zeit, mit einigen Missverständnissen über das Wesen der Demokratie aufzuräumen.

Von Mark Schuster

Der Deutsche Bundestag ist eines der größten Parlamente der Welt. Die Organisation dieses Großorganismus von 709 Mitgliedern verbraucht Zeit, Geld und Nerven. Über die Parteien hinweg sind sich die Mandatsträger daher einig, dass der Bundestag kleiner werden muss. Aber sie schaffen es seit Jahren nicht, sich zu einer Wahlrechtsreform durchzuringen.
Das ist vor allem deshalb misslich, weil ein dermaßen aufgeblähtes Parlament den idealen Punchingball für Populismus darstellt. Für den Stammtisch ist die Sache nämlich klar: Es handele sich um die „Pfründesicherung eines Parlaments-Apparates“.
Politikwissenschaftler sprechen seit mehreren Jahren von einer „Krise der Repräsentation“. Sie äußert sich insbesondere in der verbreiteten Ansicht, eine abgehobene Kaste habe die Institutionen der Republik gekapert und bediene sich bloß selbst. Erst vor dem Hintergrund dieser Repräsentationskrise gewinnt das zunächst rein technisch anmutende Problem des aufgeblähten Parlaments politisches Gewicht.

Notbüros für die Neulinge

Im Herbst des kommenden Jahres muss wiedergewählt werden, und es gilt eine Einjahresfrist: Ein Jahr vor dem Wahltermin darf das Wahlrecht nicht mehr geändert werden. Das bedeutet bestensfalls, dass nur noch in der ersten Woche nach der Sommerpause reformiert werden kann. Niemand glaubt mehr, dass es den Parlamentariern bis dahin gelingt.
Schon schickt sich die Bundestagsverwaltung an, Notbüros für die zusätzlichen Neulinge zu errichten, die nach der kommenden Wahl ihr Mandat antreten wollen. Man rechnet mit einer Rekordzahl von 750 bis 800 Abgeordneten. Im Plenarsaal wird es eng. Populisten werden frohlocken.
Anders, als es das Vorurteil will, liegt das Wachstum des Bundestages keineswegs im Interesse der Abgeordneten. Ganz im Gegenteil. Denn je höher die Zahl der Sitze, desto geringer ist der Einfluss jedes einzelnen Mandatsträgers. Die Ursache des Wachstums ist vielmehr in einer Besonderheit des deutschen Wahlrechts zu suchen.
Es verquickt Mehrheits- und Verhältniswahl. Die Erststimme verschafft den Siegern in den Wahlkreisen ein Direktmandat. Die Zweitstimme legt die Mandatsverteilung im Bundestag fest. Hat Partei X beispielsweise in 20 Wahlkreisen gewonnen und aufgrund der Zweitstimmenverteilung ein Anrecht auf insgesamt 30 Sitze, dann werden die verbleibenden zehn Sitze über die Landeslisten aufgefüllt. Hat sie indessen mehr Direktmandate als ihr nach der Zweitstimmenverteilung zustehen, dann heißen die überzähligen Posten „Überhangmandate“. Man darf sie der Partei nicht einfach wegnehmen, das wäre gewissermaßen eine Enteignung der Mehrheit im Wahlkreis. Doch wenn die Partei andererseits diese Überhangmandate behält, wird dadurch das Ergebnis der Zweitstimmenverteilung verfälscht. Der gegenwärtige Ausweg: Die anderen Parteien erhalten zum Ausgleich ebenfalls ein paar Mandate mehr, die sie gemäß ihren Listen auffüllen können.

Das Parlament wächst

Zum Problem wird diese Regelung nun, weil sich die Parteienlandschaft verändert. CDU und SPD, die ehemaligen Volksparteien, erringen zwar nach wie vor viele Direktmandate, kommen aber auf immer weniger Zweitstimmen. Die Folge: mehr Überhangmandate, mehr Ausgleichsmandate. Das Parlament wächst.
Grüne, Linke und FDP wollen die Zahl der Wahlkreise verringern, um eine weitere Aufblähung zu verhindern. CDU und SPD lehnen das ab und können einen

guten Grund anführen: Je größer die Wahlkreise, desto schwächer der Kontakt der Abgeordneten mit den Bürgern. Ende Mai fand im Reichstagsgebäude eine Anhörung von Experten zu diesem Thema statt. Sie konnten sich auf keine Lösung des Problems einigen.
Das Ausbleiben der Reform schadet dem Ansehen des Bundestages. Er hat ja ohnehin ein schlechtes Image. Einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge setzt fast ein Viertel der Bevölkerung kein Vertrauen in den Bundestag, fast die Hälfte schwankt zwischen Vertrauen und Misstrauen. In Brandenburg und Sachsen misstrauen sogar mehr als 30 Prozent dem Parlament. Durch die Netze geistern Fotos leerer Parlamentsbänke, garniert mit wütenden Sprüchen. Sie zeugen von Unkenntnis darüber, worin die Arbeit von Abgeordneten besteht, und auch von Geschichtsvergessenheit: Die Volkskammer war immer voll besetzt.

Ein Mangel an politischer Bildung

Überhaupt ist die Krise der Repräsentation weniger in der Zahl der Bundestagsmandate begründet, als vielmehr in einem Mangel an politischer Bildung. Das lässt sich auch an einer weiteren Vorstellung erkennen, die so verbreitet wie falsch ist. Ihr zufolge schaffe das reale, das echte Volk die Werte, halte „den Laden am Laufen“ und alimentiere damit alle anderen, nicht zuletzt die Parlamentarier. Die aber hätten keine Erfahrung in sogenannten echten Berufen. Alles bloß Beamte. Das Parlament repräsentiere das Volk nicht wirklich, denn seine Zusammensetzung spiegele die Gesellschaft nicht wider.
Nun ist es sicherlich richtig, dass sich Parlamentarier in der Lebenswelt der Bürger auskennen sollten, weshalb beispielsweise auch Betonbauer oder Krankenschwestern auf die Parlamentsbänke gehören. Aber in der Kritik, das produktive Volk sei nicht vertreten, schwingen überholte Gesellschaftsideen mit. Etwa die Denkweise aus dem 19. Jahrhundert, derzufolge Tätigkeiten wie hämmern, feilen, säen oder ernten produktiv seien, hingegen schreiben, reden, abstimmen oder beschließen unproduktiv. In Wahrheit ist in arbeitsteiligen Gesellschaften eine Arbeit so produktiv wie jede andere, wenn sie denn über einen der beiden großen Geldverteilungsmechanismen anerkannt wird: also entweder über den Markt oder über den Staat. Denn in beiden Fällen wird durch die Zahlung beglaubigt, dass die jeweilige Tätigkeit fortgesetzt werden soll. Etwa die Tätigkeit des Politikers.

Der Parlamentarismus ist eben keine Notlösung

Der Vorwurf der mangelnden Repräsentation des Volks durch das Parlament enthält noch einen weiteren Irrtum, der eine ehrwürdige Geschichte hat und bis heute im öffentlichen Diskurs vorherrscht: dass die Abgeordneten sozusagen Volksbeauftragte seien, die an der Stelle der Wählerschaft deren Willen umzusetzen hätten. In dieser Denkweise ist die Parlamentsdemokratie nur eine Notlösung. Sie sei erforderlich, weil es in einem großen Staat wie der Bundesrepublik aus praktischen Gründen unmöglich sei, alle politischen Fragen direkt durch Volksabstimmungen zu beantworten.
Das Grundgesetz hat indes einen anderen Sinn. Es formuliert nicht etwa, dass das Volk die Staatsgewalt innehabe, sondern dass diese vom Volk ausgehe. Das Volk legitimiert die Staatsgewalt durch seine Mehrheitsentscheidungen, es ist aber nicht selbst zuständig. Vielmehr wählt es die Zuständigen aus. Es trifft eine Personalentscheidung über Leute, deren Job die Politik ist. Spezialisten eben. Andere Leute sind Bäcker*innen oder Lehrer*innen.

Unabhängigkeit muss schon sein

Arbeitsteilung hat Folgen. Die Bürgerinnen und Bürger sind fast alle auf mehreren Gebieten Experten, meist aber nicht auf dem der Politik. Nur jeder zweite Deutsche kann beispielsweise den Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimme richtig beschreiben. Auch politisch informierte Wahlberechtigte bilden sich beileibe nicht zu allen Gegenständen der Politik eine Meinung. Vielleicht interessieren sie sich für den Mindestlohn oder die Renten, aber nicht für die Südamerikapolitik oder den Länderfinanzausgleich. Das ist auch vernünftig, schließlich haben sie eine Menge anderes zu tun. Die Gewählten hingegen müssen sich in die Spezialmaterien einarbeiten.
An Aufträge sind sie nicht gebunden, so steht es im Grundgesetz. Diese Unabhängigkeit muss schon sein, denn die Abhängigkeit von der Wiederwahl, die ihrerseits ja auch von Parteizwängen mitbestimmt wird, ist schon genug Einschränkung der Autonomie. Wenn Abgeordnete nach bestem Wissen und Gewissen Politik machen sollen, benötigen sie dafür auch Spielraum. Sie müssen sich in bestimmtem Maße verselbständigen. Allerdings sind die Abgeordneten nur auf Zeit legitimiert. Ist diese abgelaufen, müssen sie erneut um Zustimmung werben.

Wählen nach gefühlter Zugehörigkeit

Wovon hängt diese Zustimmung ab? Wenn sich die Wähler für bestimmte Parteien entscheiden, geschieht dies fast nie, weil sie deren Programme studiert haben. Vielmehr übernehmen sie meistens die Ideologien und Forderungen jener Personen oder Parteien, die ihnen sympathisch sind, weil sie zu dem Milieu zu passen scheinen, in dem die Wähler leben, zu ihrem sozialen, kulturellen, generationellen Umfeld. Sie wählen überwiegend nach gefühlter Zugehörigkeit. Die amerikanischen Politologen Christopher H. Achen und Larry M. Bartels haben das vor wenigen Jahren in ihrem empirisch gesättigten Buch Democracy for Realists demonstriert. Die meisten der darin zitierten Untersuchungen stammen zwar aus den Vereinigten Staaten, aber es gibt keinen Grund für die Annahme, hierzulande verhielte es sich anders.
Die beiden Autoren zeigen außerdem, dass Wahlentscheidungen von Umständen mitbestimmt werden, die nicht oder nur wenig von den kandidierenden Politikern beeinflusst werden können, von Kriegen, Naturkatastrophen oder Seuchen, von kulturellen Trends und Geistesströmungen. Von Skandalen, von Zufällen. Oder davon, wie Wähler die eigene Lage einschätzen. Mit anderen Worten: So eindeutig ein Wahlergebnis auch sein mag, es ist deswegen noch lange kein konturierter, politisch zielgerichteter Wählerwille.

Der Volkswille ist eine Fiktion

Die Zusammenfassung der Prioritäten vieler Individuen zu einem kollektiven Willen ist in den meisten Fällen ohnehin unmöglich – das ist als Arrow-Theorem auch mathematisch bewiesen. Die Prioritäten der Individuen erinnern, zusammengenommen, eher an eine Schüssel Spaghetti. Von historischen Ausnahmen abgesehen ist der Volks- oder auch nur der Mehrheitswille eine Fiktion.

Wieso wirken dann die Wahlergebnisse der Bundesrepublik in den meisten Fällen ausgewogen und vernünftig? Weil unser politisches System darauf ange-

legt ist, mit Wahlergebnissen produktiv umzugehen, etwa Koalitionen zu bilden und Kompromisse zu finden.
Mit alledem ist keineswegs gesagt, dass die Demokratie nur Schein sei. Immerhin bietet sie das freiheitlichste Entscheidungsverfahren darüber, wer regieren soll. Ein Vorteil dieses Verfahrens besteht darin, dass sein Ergebnis weithin akzeptiert wird, mit der Folge, „dass die Bürger nur den Gesetzen unterworfen sind, als deren Autoren sie sich verstehen können", wie Jürgen Habermas kürzlich formulierte. Es sei das Verfahren selbst, das die Regierung und die Gesetze legitimiere, und nicht ein „normativer Hintergrundkonsens", sei es ein religiöser oder ein irdisch-ideologischer.

Naive Demokratietheorie beherrscht die Köpfe

In der parlamentarischen Demokratie wird das regierende Personal immer wieder ausgetauscht, und zwar auf friedlichem Wege. Demokratie ist also ein offenes System. Es reagiert auf Umwelteinflüsse, etwa auf gesellschaftliche Trends. Diese spiegeln sich im Parlament wider. Dass sich die Machtwechsel ohne zerreißende Konflikte vollziehen können, setzt allerdings einen Rechtsstaat voraus. Es muss nach fairen Regeln gespielt werden, und zwar auch nach solchen, die Opposition erlauben, Kritik, Debatten.
Die Konkurrenzdemokratie setzt die bürgerlichen Freiheiten voraus, also auch eine Gesellschaft, in der die Ausübung dieser Freiheiten erwünscht ist. Deswegen sagen manche Leute, Demokratie sei nicht nur ein politisches Verfahren, sondern auch eine Gesellschaftsform. Und zwar eine solche, die den Bürgerkrieg unwahrscheinlich macht.

Die Kluft, die Populisten nutzen

Gleichwohl, die „folk theory" (wie Achen und Bartels sie nennen), die naive Demokratietheorie beherrscht die Köpfe. In der Gettysburg-Formel von Abraham Lincoln („Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk") wurde sie programmatisch formuliert und klang noch in der DDR-Propaganda vom „Arbeiter- und Bauernstaat" an. Sie ist eine Theorie der Identität von Volk, Parlament und Regierung und propagiert einen Maßstab, an dem die Wirklichkeit zu messen sei. Das kann nur schief gehen. Die unüberbrückbare Differenz dieser Utopie zur Wirklichkeit erzeugt Entfremdung. Populisten nutzen diese Kluft aus und sabotieren das Vertrauen der Bürger in die Politik.
Ein beunruhigender Vorgang. Denn Politik ist das, was den Staat lenkt, also den Inhaber des Gewaltmonopols. Misstrauen gegen die Politik als Ganze schwächt dieses Gewaltmonopol. Am Ende dieser Ursachenketten stehen dann bewaffnete Banden. Ansätze existieren bereits.

Schluss mit den Märchen.

Zur Aufgabe der politischen Bildung sollte daher der Abschied von der Identitätsillusion gehören. Dem Populismus muss mit Realismus und nicht mit einem Märchen über das Wesen der Demokratie begegnet werden. Eine große Aufgabe für das Bildungssystem, für den Politikjournalismus und für die Politik selbst.
Auf die Krise der Repräsentation muss auch sie mit Reformen reagieren, etwa indem den Bürgerinnen und Bürgern weitere Wege eröffnet werden, um an Entscheidungsprozessen teilzunehmen – Bürgerforen, Probeabstimmungen, Volksabstimmungen. Solche Formen hätten nicht als erstes Ziel, die politischen Entscheidungen zu verbessern, sondern die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Politik einzubeziehen.
Nicht zuletzt ist von den Repräsentanten selbst mehr Anstrengung zu fordern. Die Transparenzregeln des Parlaments beispielsweise harren einer Reform – der Fall Amthor belegt es.
Gemessen an alledem wäre ein Wahlrechtskompromiss, der den Bundestag verkleinern würde, nur ein kleiner Schritt, der Krise der Repräsentation zu begegnen. Nötig wäre er dennoch.

Soll man mit 16 den Bundestag wählen dürfen?

Pro und Contra: Auf Kommunal- und Landesebene wurde das Wahlalter in vielen Bundesländern schon gesenkt. Die Grünen und unsere SPD wollen das auch auf nationaler Ebene. Ist das eine sinnvolle Reform?

Von Mark Schuster

Pro: mehr politische Partizipation

Die Frage müsste lauten: Warum nicht? Junge Menschen dürfen mit 16 Jahren Vollzeit arbeiten, Steuern zahlen, Bier und Wein trinken, eine Partei gründen oder den Führerschein machen. Den sie, wenn sie ihn einmal haben, auch im hohen Alter nicht allein wegen ihres Geburtsjahrgangs wieder abgeben müssen.
Wenn man so denkt wie viele Gegner des Wählens ab 16, könnte man genauso gut fragen, warum es für die Teilnahme an Bundestagswahlen keine Altersobergrenze gibt.
Für die Jungen geht es um die Mitbestimmung über ihre Zukunft. Klimaschutz ist von einem ökologischen Randthema zu einer der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts geworden. Das zeigt exemplarisch, dass Politik langfristiger denken muss als in Legislaturperioden.
Deshalb sollte man auch diejenigen einbeziehen, die von den Folgen politischer Entscheidungen am längsten betroffen sein werden. Das ist das Hauptargument der Befürworter einer Wahlrechtsreform.
Die Einwände der Skeptiker dagegen bleiben schwammig: Unter-18-Jährigen pauschal fehlende Reife zu attestieren, ist nicht nur arrogant, sondern muss aus deren Sicht wie Hohn klingen, wenn sie gleichzeitig mitansehen müssen, dass sich im Deutschen Bundestag Erwach-

sene bisweilen verhalten wie Grundschüler: Sie stören mit Zwischenrufen andere beim Reden, bis man sie von vorne maßregelt, sie wollen dem politischen Gegner „in die Fresse“ geben oder ihn „jagen“.
Dank einer neuen Studie der Freien Universität Berlin haben Jugendliche es nun sogar schriftlich, dass sie „ein recht ausgeprägtes Interesse an und Wissen über Politik“ vorweisen können – auf dem gleichen Niveau wie junge Erwachsene.
Man kann kritisieren, dass an der Studie viele überdurchschnittlich Interessierte teilgenommen und so das Ergebnis verfälscht haben. Es mag auch sein, dass viele andere 16- und 17-Jährige sich tatsächlich kaum für Politik interessieren und noch weniger von ihnen Ahnung davon haben. Aber das gilt genauso für viele 18-, 25- und 50-Jährige.
Im Kern geht es bei dem Thema um bessere Bildung: Schüler müssten auf ihre neue Verantwortung vorbereitet werden. Und auch auf die Erkenntnis, dass sie mit zwei jungen Jahrgängen mehr bei einer Bundestagswahl keine großen Änderungen bewirken würden.
Denn auch junge Leute wählen ja nicht alle das gleiche, und die demografische Übermacht der Alten wird so schnell nicht gebrochen. Aber es wäre ein Schritt in die richtige Richtung – ein Zeichen, dass junge Menschen eben doch ernster genommen werden, als es manchmal den Anschein hat.
Das Wahlrecht ab 16 pauschal abzulehnen ist jedenfalls genau die Art von politischem Grabenkampf, den die Gegner einer Wahlrechtsreform den Vertretern von SPD und Grünen vorwerfen. Und ein feiger noch dazu: Weil die Gegenseite ja gar nicht mitkämpfen darf.

Nein: Jugendlichen fehlt es in der Breite an politischem Wissen

Eins vorweg: Ich hätte mit 16 eine Wahlentscheidung treffen können, die so fundiert gewesen wäre, dass ich sie heute immer noch guten Gewissens rechtfertigen könnte. Doch schon mein Freundes- und Bekanntenkreis, vor allem in der Schule, hätte sich schwergetan, eine gut begründete Wahlentscheidung zu treffen.
Weil ich einfache politische Zusammenhänge verstand und erklären konnte, wurde mir auch immer mehr zugetraut, irgendwann im Bundestag als Abgeordneter zu sitzen. Und so geht es vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich für gut informiert halten und deshalb gern wählen würden – weil sie über Dinge Bescheid wissen, mit denen sich viele ihrer Altersgenossen noch nie beschäftigt haben.
Aber wer so argumentiert, müsste das Wahlalter individuell festlegen: Plötzlich dürften dann politikinteressierte 13-Jährige wählen und viele Senioren nicht mehr, weil sie zu wenig über politische Vorgänge wissen. All das darf nicht entscheidend sein in der Diskussion um eine Absenkung des Wahlalters.
Eine allgemeine Altersgrenze bleibt die einzig vernünftige Möglichkeit, auch wenn sich dadurch immer Menschen ungerecht behandelt fühlen werden. Deshalb ist die Frage nach dem Wahlalter vor allem formal zu betrachten.
Eine Festlegung muss schlicht gut begründbar und in sich schlüssig sein. Es ist daher logisch, das Wahlrecht an die Volljährigkeit und die uneingeschränkte Geschäftsfähigkeit zu koppeln. Beides erlangt man mit 18.
Natürlich ist dieses Alter zu einem gewissen Grad willkürlich gewählt – aber eben nach einem Abwägungsprozess und demokratisch legitimiert. Es muss eine sinnvolle Korrelation geben zwischen Rechten und Pflichten.
Wer Bürgerpflichten hat, darf dann auch Bürgerrechte wahrnehmen und zum Beispiel wählen. Wer für eine Absenkung des Wahlalters plädiert, müsste ein großes zivilrechtliches Paket aufschnüren, zu dem dann auch die Strafmündigkeit gehört. Formal ist eine Festlegung auf die vermittelbare Schwelle von 18 Jahren daher richtig.
Dass die Grünen mit am offensivsten

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

für eine Absenkung des Wahlalters werben, zeigt, dass hinter der Forderung vor allem ein machtpolitisches Kalkül steckt. Denn Umfragen zeigen, dass mehr als 40 Prozent der Erstwähler für die Grünen stimmen – und in den Jahrgängen darunter dürften es noch mehr sein.
Dabei handelt die Partei keineswegs stringent. In vielen Bereichen wollen die Grünen regulieren und die Selbstbestimmung der Bürger einschränken, sie wollen etwa Werbung für Fast Food verbieten, weil Jugendliche dafür besonders empfänglich seien und keine vernünftige Entscheidung treffen könnten. Und dieselben Jugendlichen sollen mehr politische Mitsprache bekommen?

Fazit
Um den Jugendlichen den Respekt zu zollen, die sie verdienen, ist es mehr als sinnvoll, ihnen das Wahlrecht zu geben. Die Beispiele aus dem Bundesgebiet zeigen auch, dass dies funktioniert. Ich, als Juso, stehe hinter der Forderung unserer Familienministerin Giffey. Das Wahlrecht mit 16 muss unser Ziel sein, um mehr politische Partizipation zu ermöglichen.

Distrikt Anger-Bruck

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

15. September

Uhrzeit und Ort standen bei Refdaktionsschluss noch nicht fest und werden euch noch rechtzeitig mitgeteilt.

Thema:
Verkehrspolitik
Der verkehrspolitische Sprecher der Stadtratsfraktion, Dr. Andreas Richter wird bei unserer Sitzung zu Gast sein.

Distrikt Dechsendorf

Vorsitzende:
Tanja Amon
tut.amon@gmx.de

Protokoll der Distriktversammlung vom 14. Juli 2020

Tanja Amon begrüßt die anwesenden Mitglieder recht herzlich. Die Tagesordnung wurde frist- und formgerecht an alle Mitglieder versandt. Der vorgeschlagenen Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.
Valeria Fischer, die neue Betreuungsstadträtin für Dechsendorf, wird von Tanja herzlich begrüßt. Wir wünschen Valeria viel Erfolg bei ihrer politischen Arbeit im Stadtrat und freuen uns auf die zukünftige gute Zusammenarbeit im Distrikt und im Ortsbeirat.

TOP 1: Begrüßung Neumitglied
Tanja begrüßt recht herzlich unser neues Mitglied Christian Adami. Christian ist am 01.02.2020 in die SPD eingetreten. Wir freuen uns sehr auf die gute Zusammenarbeit und wünschen Christian viel Freude bei seinem Engagement im Distrikt.

TOP2 : Neuwahl Kassierer
Die Neuwahl ist notwendig, da die bisherige Kassiererin Brigitte Wohlleben das Amt abgibt. Die Wahl des Kassierers erfolgt in Einzelwahl nach § 4 der Satzung des SPD-Kreisverbandes Erlangen. Auf Vorschlag von Gerhard Carl erklärt sich Christian Adami bereit, die Kassenführung zu übernehmen und sich zur Wahl zu stellen. Christian wird einstimmig zum Kassierer gewählt und nimmt die Wahl an.

TOP 3: Kommunalwahl 2020 – Konstituierung Ortsbeirat
Bei der Kommunalwahl am 15.03.2020 konnte die SPD in Dechsendorf ihre Wahlergebnisse von 2014 nicht erreichen. Die Verluste in den Stimmbezirken reichen von minus 1,1 % (Stimmbezirk Nordwest) bis minus 8,7 % (Stimmbezirk Süd). Die Grünen konnten im Stimmbezirk Nordost um 5,9 % und im Stimmbezirk Süd um 7,0 % zulegen. Die Wahlbeteiligung betrug 64 %.
Die Wahlergebnisse (ohne Briefwähler) im Einzelnen:

Stimmbezirk Nordwest:

	CSU	SPD	Grüne
2020	35,1 %	23,8 %	18,0 %
2014	45,5 %	24,9 %	18,3 %

Stimmbezirk Nordost:

	CSU	SPD	Grüne
2020	41,8 %	19,5 %	19,3 %
2014	42,0 %	26,2 %	13,4 %

Stimmbezirk Süd:

	CSU	SPD	Grüne
2020	42,3 %	21,5 %	18,0 %
2014	45,5 %	30,2 %	11,0 %

Kommunalwahlergebnis im Stadtteil Dechsendorf mit den Briefwählern:

CSU	40,4 %
SPD	20,7 %
Grüne	19,3 %

Wahlergebnisse bei der OB-Wahl am 15.03.2020 (ohne Briefwähler):

Stimmbezirk Nordwest	
Jörg Volleth	38,7 %
Dr. Florian Janik	38,7 %
Susanne Lender-Cassens	10,2 %
Stimmbezirk Nordost	
Jörg Volleth	45,1 %
Dr. Floran Janik	36,9 %
Susanne Lender-Cassens	10,8 %
Stimmbezirk Süd	
Jörg Volleth	42,5 %
Dr. Florian Janik	36,1 %
Susanne Lender-Cassens	10,5 %

Konstituierung Ortsbeirat Dechsendorf:
Die Mitglieder diskutieren über die bevorstehende Konstituierung des Ortsbeirates in Dechsendorf, insbesondere über die Wahl der(s) neuen Ortsbeiratsvorsitzenden und des(r) Stellvertreters(in). Der künftige Ortsbeirat setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Zwei von der SPD, zwei von den Grünen und drei von der CSU. Der Ortsbeirat an sich befindet sich aufgrund von fünf neuen Mitgliedern gerade in einem Umbruch, der auch hier für einen Neuanfang stehen kann. Das Wahlergebnis ist auch als Signal/Möglichkeit zu sehen, neue Wege bei der Zusammensetzung der(s) Vorsitzenden / StellvertreterIn zu gehen. Die Entscheidung erfolgt am 22.07.2020 bei der konstituierenden Sitzung im Erlanger Rathaus.
Gerhard Carl (Schriftführer)

Distrikt Süd

Vorsitzender:
Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

auch diesmal werden wir uns wie in den vergangenen Monaten zu einer virtuellen Sitzung treffen.
Diese findet statt

am Donnerstag, den 17.9., 20.00 Uhr

der Zugang funktioniert über folgenden Link:
https://meet.jit.si/SPDSued230920
Es ist nicht nötig, sich die kostenlose Jitsi-App herunterzuladen. Aber damit geht es am besten. Ansonsten funktioniert der Browser Google Chrome sehr gut. Leider gibt es jedoch mit anderen Browsern Probleme.
Auch über das Telefon könnt Ihr Euch einwählen:
Einwählen: +1.512.647.1431
PIN: 1913112023#
Klicke auf diesen Link, um die eingewählten Telefonnummern für dieses Meeting zu sehen
https://meet.jit.si/static/dialInInfo.html?room=SPDSued230920
Falls es bei Dir Probleme gehen sollte, kontaktiere uns gerne.
Vorgeschlagene Tagesordnung:
1. Stadtteilbeirat
2. Bericht aus dem Stadtrat
3. Sonstiges
Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
Vorsitzender

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

16. September, 19.00 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung am

Dienstag, 08.09.2020, 19.00 Uhr Ort: Schlossgaststätte

Tagesordnung (Vorschlag):
1) Bericht von der vorbereitenden Sitzung des Ortsbeirats
2) Überlegungen zur Gestaltung der Feier am Kriegerdenkmal
3) Ausblick Neujahrsempfang
4) Tennenloher Bote; Informationskanäle für U 35.
5) Aktuelle Situation in Stadt und Land.
6) Verschiedenes

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Weitere Ankündigung:
Distriktversammlung im Oktober: 13.10., November: 10.11., Gansessen: 22.11.

Protokoll der Distrikt-Versammlung vom 16.06.2020 in Tennenlohe

Der Distrikt Tennenlohe trifft sich erneut in einer Online-Versammlung.

Top1: Bericht zum Ortsbeirat
Rolf hat bei der Stadtverwaltung eine Beschwerde darüber eingereicht, dass für die Aufteilung der Sitze im Ortsbeirat das Sainte-Lague/Schlepers verwendet wird und nicht das bisher verwendete Hare-Niemeyer-Verfahren. Dadurch wird die CSU bevorzugt. Eine Antwort der Stadtverwaltung steht noch aus.
Die CSU mit nun 3 Sitze von insgesamt 7 im Ortsbeirat und reklamiert den Vorsitz für sich und würde Rolf den Stellvertreterposten überlassen. Rolf hat Gespräche mit der ÖDP und der GL begonnen, um ein gemeinsames Vorgehen zu planen.

Top2: Bericht aus dem Stadtrat
Andreas Bammes, unser Vertreter zum Stadtrat, berichtet über Aktuelles aus dem Gremium. Die Zusammenarbeit mit der CSU läuft recht positiv an. Jörg Volleth hat die Stelle als zweiter Bürgermeister angetreten. Corona und die Auswirkungen auf das wirtschaftliche und soziale Leben in der Stadt bestimmen noch die Themen.

Top3: Tennenloher Bote
Der letzte Tennenloher Bote wurde von verschiedenen Seiten gelobt.
Im nächsten Tennenloher Bote soll über das 125 jährige Jubiläum der Bäckerei Beck berichtet werden. Lisbeth und Rolf werden dazu Interviews mit der Firma durchführen.

Top4: Aktuelle Politik
Der Distrikt diskutiert über die Situation der SPD in Deutschland. Es bleibt uns ein Rätsel, warum die Umfragewerte der Partei weiterhin so schlecht sind, obwohl einzelne Politiker wie Finanzminister Scholz oder Familienministerin Giffey eine hohe Beliebtheit erfahren. Eine Erneuerungsphase in der Opposition ist wohl unumgänglich.
Die Reduzierung der Mehrwertsteuer wird als ambivalent gesehen. Zum einen reduziert sie die Gefahr einer Rezession und regt zu mehr Konsum und Wachstum an, zum anderen vergibt man sich dadurch die Chance einer starken ökologischen und sozialen Steuerungsfunktion. Letztlich ist es wohl das kleinere Übel gegenüber einer direkten Kaufprämie für Diesel und Benziner, die durch das klare Wort der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans verhindert wurde.

Hans Hauer

Protokoll der Distrikt-Jahreshauptversammlung vom 14.07.2020 in Tennenlohe

Top1: Bericht zum Ortsbeirat
Nach den ersten Besprechungen im neuen Ortsbeirat wird Rolf für die nächsten drei Jahre den Vorsitz übernehmen. Rolf legt eine Liste von unerledigten Anträgen aus der letzten Legislaturperiode und neue Vorhaben für die Zukunft vor. Mit Bezug auf die anhängende Beschwerde zum Auszählverfahren für die Zusammensetzung des Ortsbeirats hat die Bezirksregierung mitgeteilt, dass das Hare-Niemeyer Verfahren verwendet werden kann. Der Oberbürgermeister Dr. Florian Janik hat jedoch mitgeteilt, dass der Stadtrat beschlossen hat in Erlangen das Sainte-Lague/Schlepers-Ver-

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

fahren zu verwenden.

Top2: Bericht aus dem Stadtrat
Andreas Bammes, unser Vertreter zum Stadtrat berichtet über Aktuelles aus dem Gremium. Die Zusammenarbeit mit der CSU läuft weiterhin recht positiv. Ein wichtiges Thema für die nächste Zeit ist die Entwicklung in der Altstadt Erlangens. Eine Verlängerung der Fußgängerzone bis zur Neuen Straße wird dabei als wichtige Maßnahme angesehen.

Top3: Tennenloher Bote
Der nächste Tennenloher Bote soll Anfang August zur Verteilung vorliegen. Lisbeth und Rolf haben mit der Bäckerei Beck Interviews zum bevorstehenden 125 jährige Jubiläums geführt und Beiträge für den TB erstellt. Mehrere weitere Artikel sind in Vorbereitung.

Top4: Distriktausflug
Der Distrikt plant Anfang September einen Ausflug nach Neumarkt. Hans übernimmt die Organisation.

Top5: Aktuelle Politik
Der Distrikt diskutiert über die Situation der SPD in Deutschland. Die Beratertätigkeit des Ex-Vorsitzenden Sigmar Gabriel bei dem Schlachtbetrieb Tönnies wird allgemein verurteilt.

Hans Hauer

Distrikt West

Vorsitzender:
Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com
Felizitas Traub-Eichhorn

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unsere nächste Distriktsitzung findet

am Mittwoch, den 30.09.
um 20 Uhr

statt. Diesmal wird uns Frank Steigner von der AWO über das AWO Stadtteilprojekt Erlangen-Büchenbach berichten.
Wenn es die Umstände erlauben, treffen wir uns im Güthlein (Dorfstraße 14, Büchenbach) im Saal, wo wir mit ausreichend Abstand sitzen können. Andernfalls kann die Sitzung digital stattfinden. Über den Ablauf werden wir vorher per Mailverteiler informieren.

Solidarische Grüße,
Felizitas Traub-Eichhorn und
Katrin Hurle

Treffen des Distrikts West am 29.7.2020 im Gasthof Güthlein

Eigentlich war vorgesehen, auf dieser letzten Sitzung vor der Sommerpause Somayyah Hamdan und Dunja Zaouali über ihre Erfahrungen im Kommunalwahlkampf berichten zu lassen. Sie waren beide als muslimische Frauen auf unserer Liste angetreten und brachten sich aktiv in den Wahlkampf ein. Da beide kurzfristig absagen mussten, werden wir sie im Herbst noch einmal einladen.
Wir gratulieren zunächst recht herzlich Günther Winkelmann, der zum Vorsitzenden des Stadtteilbeirates Büchenbach gewählt wurde. Er löst damit Corinna Mürbeth ab, die nach wie vor im Vorstand mitarbeitet.
Katrin Hurle berichtet aus dem Stadtteilbeirat Alterlangen, wo sie zusammen mit Winfried Stein die SPD vertritt. Zur Vorsitzenden wurde dort Katharina Gramml (Grüne) gewählt. Alle anwesenden Stadtteilbeirät*innen sind der Meinung, dass die StUB das große Thema für den Westen im Herbst werde. Deshalb sollte schnell überlegt werden, mit welchen Veranstaltungen und welchen Formaten man mit der Bevölkerung in Kontakt treten könne.
Anschließend diskutieren wir mit unserem West-Stadtrat Philipp Dees die Punkte „Wettbewerb zum Großparkplatz“, „Einigung in Sachen Hupfla“ und „Vorstellung des Klimaschutzkonzepts“. Philipp erläutert zum letzten Punkt, dass noch keine konkreten Maßnahmen vorlägen. Allerdings seien Einschränkungen für den MIV unabwendbar. Diese Ansicht wird von den Anwesenden geteilt.

Felizitas Traub-Eichhorn

Liebe Genossin, lieber Genosse!

Wir laden Dich herzlich zu unserer Mitgliederversammlung ein.

Am Mittwoch, den 16.September 2020, 15:00 Uhr im August-Bebel-Haus

Tagesordnung:
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Referat von Jürgen Jansen“ Nachbarschaftshilfe von Senioren für Senioren die HerzoHeinzelmännchen“, siehe unten.
4. Initiativantrag Bessere Unterstützung der Distrikte durch SPD Veranstaltungen vor Ort
5. Gründung einer Gruppe „ Oma gegen rechts“
6. Verschiedenes

Wir wollen die Arbeit der letzten Jahre fortsetzen. Dafür brauchen wir Dich!! Vielleicht hast Du ja Lust, mitzumachen. Uns würde Dein Kommen freuen und unser derzeit kleines Häuflein Aktiver könnte auch eine Auffrischung gut gebrauchen. Ich grüße im Namen des Vorstands.
Hartmut Wiechert

Die „HerzoHeinzelmännchen“
sind eine Gruppe engagierter Seniorinnen und Senioren, die älteren und hilfsbedürftigen Menschen in Herzogenaurach kleine handwerkliche Dienstleistungen anbieten. Die Gruppe gründete sich 2009 in Abstimmung mit dem Seniorenbeirat. Inzwischen besteht die Gruppe nicht nur aus „Heinzelmännern“ sondern auch aus „Heinzelfrauen“, die alle auf ehrenamtlicher Basis arbeiten.
Inzwischen wurden auf Initiative der Gruppenmitglieder folgende Projekte realisiert:

- Filmabende 60plus
- HerzoTausch OND
- Modelleisenbahn
- PC-Kurse für Schüler
- Puppenstuben
- Reparatur vor Ort
- ReparaturZentrum

Protokoll der Mitgliederversammlung am 29. Juli 2020 im August-Bebel-Haus

Tagesordnung:
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Aktuelles
4. Wiederbelebung von 60plus nach der langen Corona Pause
5. Filmreihe im Herbst. Können wir unsere Filme fortsetzen?
6. Städtepartnerschaft mit Jena. Unsere Teilnahme am 3. Oktober
7. Gründung einer Gruppe „Oma gegen rechts“
8. Verschiedenes

Top 1: Begrüßung durch den Vorsitzenden Hartmut Wiechert.
Wir begrüßen ganz herzlich Monika Fath-Kelling als neues Mitglied. Hartmut entschuldigt Silke wegen Krankheit. Die Tagesordnung wird genehmigt.

Top 2 Genehmigung des Protokolls
Das Protokoll wird genehmigt.

Top 3: Aktuelles
Diskussion bezüglich Stand der SPD im Distrikt Anger/Bruck.
Planung Bushaltestelle Cumianer Straße: Wurde von den Verantwortlichen abgelehnt. Hier sollten auch die Geschäftsleute aktiv werden.
Aus unserer Forderung vom Januar 2020, Kreisvorstandssitzungen ÖPNV-nah und barrierefrei in den Distrikten zu veranstalten (z.B. auch die Jubilar-Ehrung), wird Hartmut einen Vorschlag für einen Antrag entwerfen und an die AG60+ zur Abstimmung schicken.
Renate stellt Frage zum Klimanotstand: Klimanotstand bedeutet für die Stadt Erlangen, dass jede (bauliche) Maßnahme unter dem Gesichtspunkt der Klimafolgen betrachtet und entschieden wird. Zum Thema Baumfällungen erklärt Winfried, dass die Baumschutzverordnung nur für Laubbäume gilt. Obstbäume, ausgenommen Walnußbäume, fallen nicht unter diese Verordnung, da sie vergreisen.

Top 4: Wiederbelebung von 60plus nach der langen Corona Pause
Treffen finden weiterhin alle 2 Monate

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
Hartmut.Wiechert@t-online.de

statt. Nächste Sitzung wird im September 2020 sein.
Hartmut wird jemanden von der Herzogenauracher Nachbarschaftshilfe „Heinzelmännchen“ einladen zwecks Bericht über diese Aktion. In Erlangen gibt es das Seniorennetz.
Zum Thema „Rentensystem“ wünschen wir uns weiterhin einen Vortrag. Vorschlag Monika, öffentlichen Termin daraus machen. Dazu würden wir jedoch einen größeren Raum benötigen, den wir nicht haben, und coronabedingt kann der Vortrag in der Form auch nicht stattfinden. Deshalb soll er als erstes bei AG60+ erfolgen, und wenn erfolgreich, in einem größeren Rahmen, zB KMV oder öffentlich.
Beide Vorträge sollen noch in diesem Jahr sein.

Top 5: Filmreihe im Herbst.
Können wir unsere Filme fortsetzen?
Aufgrund der noch länger anhaltenden Corona-Regelungen werden wir unsere Filmreihe im Frühjahr 2021 fortsetzen.

Top 6: Städtepartnerschaft mit Jena. Unsere Teilnahme am 3. Oktober
Es gibt ca 100 Plätze für eine Fahrt nach Jena. Anmeldung war vergangene Woche. Im Moment besteht Warteliste. AG60+ wird nicht extra allein hinfahren.
Am 29.09.2020 findet eine gemeinsame Seniorenbeiratssitzung in Jena, Fuchsturm, „Stichwort: Begegnung“ statt. Dann wird die jeweilige Situation in beiden Städten (was läuft gut, was läuft schlecht) besprochen werden. Ergebnis soll ein gemeinsamer Workshop sein. Es wird einen Fahrdienst (Zug oder Fahrgemeinschaften) geben,

Top 7: Gründung einer Gruppe „Oma gegen rechts“
Ruth berichtet, dass sie „auf ihre alten Tage“ nochmal aktiv werden will. Sie berichtet von einem Projekt „Oma gegen rechts“. Es handelt sich um einen eingetragenen Verein, in den man nicht selbst eintreten muß, um mitzumachen. Heike Arnold, vom Verein in Hanau, schickt Ruth Unterlagen (Buttons, Prospekte). Die Vereinsmitglieder haben an vielen Veranstaltungen schon teilgenommen. Momentan fallen jedoch alle Treffen coronabedingt aus. Ruth bittet um Mitstreiter. Frau Arnold würde auch nach Erlangen kommen. Dieses wichtige Thema vertagen wir auf die Septembersitzung, wenn Ruth bis dahin das Infomaterial erhalten hat.
Ruth berichtet aus ihrer Schulzeit unter dem NS-Regime. Ruth hat unter einem Pseudonym (Emily Paul) ein Buch geschrieben „Zeugnisse oder ein Reitpferd und ein neues Kostüm“, eine Geschichte nicht nur als Erinnerung und gegen das Vergessen geschrieben, sondern als Plädoyer für eine humane Schule, gegen Indoktrination, von welcher Seite auch immer, seien es religiöser, politischer oder moralischer Art.

Top 8:Verschiedenes:
Hartmut wird eine Bücherliste zum Aussuchen und Lesen als Diskussionsgrundlage verschicken.
Nächster Termin AG60plus:
Mittwoch, 16. September 2020, 15:00 Uhr, August-Bebel-Haus

Protokollführerin: Renate Schmidt

Jusos

Vorsitzende:
Felix Klingert
Sophia Waldmann

Liebe Jusos,
an folgenden Terminen treffen wir uns als Jusos wieder nach der Sommerpause und bereden folgende Themen:
- 01.09.: Gentechnik
- 15.09.: Lieferkettengesetz
- 29.09.: Austausch mit Martina Stamm-Fibich (MdB)

Unser Austausch mit Martina findet auf jeden Fall online statt. Da der Infektionsverlauf dynamisch verläuft können wir als Vorstand bisher nicht sagen, ob die beiden anderen Sitzungen in Präsenz oder online stattfinden. Natürlich geben wir alles Rechtzeitige über unseren Mailverteiler bekannt.
Wenn ein Juso noch nicht im Mailverteiler ist und sich über unsere Veranstaltungen, Aktionen etc. informiert oder auch bei uns aktiv werden möchte, der meldet sich doch bitte bei Sophia Waldmann (sophiawaldmann@yahoo.de) oder Felix Klingert (felix.klingert@gmail.com).
Für unsere Sitzungen hoffen wir wie immer auf eine rege Beteiligung. Bleibt aber auch gesund!
Euer Vorstand